



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 121. Ratssitzung vom 11. Dezember 2024

Gemeinsame Behandlung der Weisung GR Nr. 2024/421, Antrag 027. und Postulat GR Nr. 2024/552

Gemeinsame Behandlung der Anträge 027. und 028. (Postulat GR Nr. 2024/552)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) begründet den Antrag der Mehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4042/2024): Die Rechnung der Stadt hat auch mit Gleichstellung zu tun. In der Rechnung wird unter anderem auch der Einsatz für die Gleichstellung von allen Geschlechtern abgebildet. Massnahmen für mehr Gleichstellung müssen alle Bereiche umfassen, denn die Gleichstellung muss umfassend gedacht werden und Massnahmen müssen in diversen Bereichen ergriffen werden. Es ist wichtig zu wissen, welche Auswirkungen budgetpolitische Massnahmen auf die Gleichstellung der Geschlechter haben und ob sie Geschlechterungleichheiten reduzieren, vergrössern oder unverändert lassen. Mit einer geschlechterspezifischen Rechnungsanalyse sollen geschlechterspezifische Unterschiede identifiziert und sichtbar gemacht werden. So können zukünftig Gleichstellungsperspektiven für bessere Budgetentscheidungen berücksichtigt werden. In Zürich wurde in den Jahren 2004–2005 im Rahmen eines Pilotprojekts bereits eine geschlechterdifferenzierte Budgetanalyse durchgeführt. Daran soll angeknüpft werden. Es kann beispielsweise untersucht werden, wie staatliche Mittel in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Sozialleistungen und Infrastruktur eingesetzt werden und ob es dabei geschlechterspezifische Unterschiede gibt. In diesem ersten Schritt geht es um eine Sichtbarmachung. Danach können Massnahmen ergriffen werden, falls die Analyse etwas aufzeigt. Ein Budget oder eine Rechnung wird oft als objektiv angesehen. Das ist jedoch nicht der Fall. Unsere Gesellschaft wurde lange von Männern und ihrer Sichtweise und ihren Bedürfnissen geprägt. Das hat Auswirkungen bis heute. Wenn wir eine gleichgestellte und diskriminierungsfreie Gesellschaft wollen, dann müssen wir auch beim Einsatz der staatlichen Mittel genau hinschauen. Es geht um eine faire Verteilung von Ressourcen und um einen umfassenden Blick, der alle Menschen einschliesst. Wer sich dem versperrt, versperrt sich echter Gleichstellung.

Markus Haselbach (Die Mitte): In diesem Zusammenhang wird oft erwähnt, dass die Stadt Luzern eine geschlechterspezifische Rechnungsanalyse durchführte. Das Resultat in Luzern war, dass die Gesamtergebnisse über alle ausgewählten Funktionen hinweg



kaum geschlechterspezifische Unterschiede aufzeigen. Herausgekommen ist, dass der Anteil der Ausgaben für Frauen ein wenig höher ist. 51 Prozent der Ausgaben konnten Frauen zugeordnet werden. Weil es auch in Luzern mehr Frauen als Männer gibt, sind Ausgaben pro Kopf aber beinahe gleich; die Ausgaben sind sogar leicht höher pro Mann, aber sie sind unwesentlich höher. Schaut man auf die einzelnen Bereiche, dann sind Unterschiede bei der Verteilung der Ausgaben feststellbar. In den Bereichen Gesundheit und Soziale Sicherheit sind die Ausgaben für die Frauen höher als die Ausgaben für die Männer. Frauen beziehen häufiger Ergänzungsleistungen und die Ausgaben für die Langzeitpflege sind bei den Frauen höher als bei den Männern. In den Bereichen Kultur, Sport und Freizeit, Kirche, Bildung sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung sind die Ausgaben für die Männer höher. Im Bereich Bildung fallen die deutlich höheren Ausgaben für Jungen im Bereich der Sonderschulung auf. Der motorisierte Individualverkehr wird von Männern intensiver genutzt. Andererseits sind beim öffentlichen Verkehr die Ausgaben für Frauen etwas höher. Diese Unterschiede sind plausibel aufgrund von leicht anderen Lebensläufen, anderen Interessen und Vorlieben und der längeren Lebenserwartung von Frauen. Die Studie führte zu keinen wesentlich neuen Erkenntnissen. Luzern verzichtet deshalb auf eine periodische Wiederholung dieser Auswertung, auch aufgrund einer Kosten-Nutzen-Betrachtung. In Zürich ist die Situation nicht viel anders, die Analyse wird zu ähnlichen Ergebnissen führen. Dafür Geld auszugeben ist aus dem Fenster geworfenes Geld.

Johann Widmer (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: *Das ist wieder ein Antrag und ein Postulat der Feministen. Es ist unglaublich, was der Wahn des Geschlechterkampfes der Feministen den Steuerzahler alles kosten soll. Sogar die Rechnung soll auf Basis des Wahns durchleuchtet werden. Eine Rechnung kennt nur ein Kriterium: das Budget und die Erfolgsrechnung. Sie müssen stimmen, alles andere ist Unfug. Ihr habt bereits Menstruationsurlaub und gratis Binden: Wollt ihr als nächstes den Mann abschaffen?*

Weitere Wortmeldungen:

Tanja Maag (AL): *Eine geschlechterspezifische Analyse kann auch etwas für Nicht-Feministen zutage fördern. Das Geld kann auch dümmere zum Fenster herausgeworfen werden als mit einer genderspezifischen Analyse für die Rechnung. Dass bei der Analyse in Luzern kaum geschlechterspezifische Unterschiede herausgekommen sind, ist kein Grund dafür, eine solche Analyse in Zürich nicht durchzuführen. Ein interessanter Aspekt aus der Analyse reicht bereits als Grund, eine solche Analyse durchzuführen: Frauen haben in Luzern häufiger Ergänzungsleistungen bezogen. Das sagt etwas aus und man könnte direkt aufgrund eines Resultats, das in Zürich vielleicht herauskommt, der Fachstelle für Gleichstellung einen Auftrag erteilen, um Frauen zu beraten, wenn Altersarmut droht. Der Bericht aus Luzern leistete zudem Vorarbeit für uns. Denn es konnten Aussagen zur Datenlage und zur Wirkung der Ausgaben gemacht werden, die für unsere Analyse hilfreich sein können. So können wir auf aussagekräftige Ergebnisse hoffen.*



Barbara Wiesmann (SP): Die SP unterstützt sowohl den Antrag als auch das Postulat. Das «Gender Budgeting» ist ein wichtiger Schritt zu einer gerechten und gleichberechtigten Gesellschaft. Es bietet uns eine klare Möglichkeit, strukturelle Benachteiligungen zu erkennen und die Lebensrealitäten von Frauen und Männern gleichermaßen zu berücksichtigen. Es gibt leider nach wie vor erhebliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Frauen sind häufiger von Armut betroffen, verdienen weniger, sind in Führungspositionen unterrepräsentiert und übernehmen einen grösseren Anteil der Care-Arbeit. Gender Budgeting ermöglicht es, diese Ungleichgewichte zu erkennen und gezielt Massnahmen zu ergreifen, um die Gleichstellung zu fördern. Der Ansatz ist nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch eine Frage der Effizienz. Wenn wir die Perspektiven der Geschlechter in der Budgetgestaltung vernachlässigen, verpassen wir die Chance, diese Ressourcen dort einzusetzen, wo sie den grössten Einfluss haben.

Serap Kahrman (GLP): Jeder Franken, den wir heute budgetieren und den wir ausgeben haben und ausgeben werden, betrifft direkt und indirekt die Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher und somit Frauen und Männer. Aber betrifft er die Geschlechter auch gleichermaßen? Aus internationalen Budgetanalysen wissen wir, dass öffentliche Gelder eher zugunsten von Männern ausgegeben werden. Wie aber ist es bei uns? Es ist Zeit, dass sich Zürich mit den Einnahmen und Ausgaben auch hinsichtlich der Geschlechtergerechtigkeit beschäftigt und Massnahmen ergreift, wenn Ungleichheiten festgestellt werden. Mit dem Begleitpostulat und dem Antrag wollen wir unter anderem wissen, ob eher Frauen oder Männer von den staatlichen Ausgaben und Förderungen profitieren und ob Einsparungen eher Frauen oder Männer betreffen. Wir wollen, dass aus der Analyse die richtigen Schlüsse gezogen werden und dass bei Bedarf die Gelder geschlechtergerecht oder geschlechtergerechter verteilt werden. Andalusien machte es vor und zeigte auf, dass ein geschlechtergerechtes Budget dazu führt, dass es mehr Kinderbetreuung, mehr weibliche Gründerinnen und mehr weibliche Professorinnen gibt. In Frankreich gibt es inzwischen mehr beleuchtete Trottoirs und mehr Turnplätze als nur Fussballfelder. Die GLP will die Diskussion über Gleichstellung nicht länger auf der gefühlten Ebene führen. Wir wollen die tatsächliche Gleichstellung und nicht einen ideologischen Kampf. Die Hebel müssen darum dort eingesetzt werden, wo sie am effektivsten sind: beim Geld.

Martina Zürcher (FDP): Tanja Maag (AL) begann ihr Votum mit der Aussage, dass man Geld für Dümmeres ausgeben kann. Wir wissen alle, dass das stimmt. Deswegen muss aber ein Postulat nicht überwiesen werden. Sie sprach beispielsweise das Thema Ergänzungsleistungen an. In der Schweiz haben Frauen eine 3,5 Jahre höhere Lebenserwartung als Männer. Bei Ehepaaren in der Schweiz ist die Frau im Schnitt drei Jahre jünger als der Mann. Die meisten verheirateten Frauen werden also verwitwet. Dort kommt das Problem der Rentenhöhe. Frauen sind auch in den Alterszentren in der klaren Mehrheit. So kommt das zustande. Serap Kahrman (GLP) stellte Turnplätze gegenüber Fussballplätzen. Als jemand, die eine aktive Fussballlizenz hatte, finde ich das eine spezielle Bemerkung. Ich hatte nie einen Turnplatz gebraucht, aber einen Fussballplatz



brauchte ich.

Stefan Urech (SVP): Das Postulat hinkt für mich vor allem bei einer Formulierung. Das Gender Budgeting soll «die Gleichstellung aller Geschlechter in der Rechnung» abbilden. «Aller» ist nicht zufällig gewählt. Sie schreiben nicht zufälligerweise nicht von «beiden» Geschlechtern, sondern von «allen», weil Sie sich in dieser Mehrheit, die das unterstützt, nicht einig sind, wie viele Geschlechter es gibt. Meine Vorrednerinnen Serap Kahriman (GLP) und Martina Zürcher (FDP) sprechen von Männern und Frauen. Als ich in der Kommission die Fachstelle für Gleichstellung fragte, von wie vielen Geschlechtern die Stadt ausgeht, haben sie mir gesagt «drei bis vier». Jetzt will ich von den machtragenden Parteien wissen, wie viele Geschlechter es gibt, denen sie die Rechnungspos-ten zuordnen wollen. Für eine systematische Zuordnung müssen wir uns darüber einig sein, wie viele Geschlechter es gibt.

Samuel Balsiger (SVP): Das Problem eines erfolgreichen Systems ist immer, dass sich nach einer gewissen Zeit die Dekadenz ausbreitet. Was wir im Gemeinderat regelmä-ssig diskutieren, zeigt das auf. Wenn man im durch den Kapitalismus erarbeiteten Wohl-stand lebt und man nicht mehr weiss, wer als Opfer definiert werden kann, dann reicht man solche Vorstösse ein. In früheren Zeiten, als die Schweiz noch nicht so reich war, hatte man sich darum bemüht, Arbeitsplätze zu schaffen, Familien zu entlasten, die Lan-desverteidigung zu gewährleisten und wie die Selbstversorgung sichergestellt werden kann. Das sind die Grundaufgaben, die der Staat gewährleisten muss. Er muss nicht solche Sachen diskutieren. Wir wissen, dass Ihre Klimapolitik zwölf Milliarden Franken kosten wird und durch Sie 40 000 Haushalte ihre Wohnung verlieren werden. Das sind die Auswirkungen der staatlichen Ausgaben auf das Geschlecht. Von der Statistik der Stadt wissen wir, wie die Haushalte zusammengesetzt sind und somit wissen wir, wie viele Frauen von Ihren Leerkündigungen betroffen sind. Wir müssen uns auf die Staats-aufgaben konzentrieren, den Staat zurückfahren und uns nicht mit dekadenten Vorstös-sen beschäftigen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Der Stadtrat ist bereit für die Entgegennahme des Postulats. Dafür gibt es eine Stadtzürcher Tradition: In den Nullerjahren wurde eine solche Analyse be-reits einmal durchgeführt. Aufgrund von Luzern kam die Idee, das nochmal anzu-schauen und ich beantragte meinen Kollegen, das Postulat entgegenzunehmen. Das Postulat wurde seit der ersten Version breiter. Der Stadtrat versteht es als Auftrag im Sinne der Worte von Anna-Béatrice Schmalz (Grüne). Erst führen wir die Analyse durch und danach schauen wir, wo die Differenzen so gross sind, dass sich eine vertiefte Ana-lyse lohnt und Massnahmen ergriffen werden. Das macht Sinn, wenn eine Ungleichver-teilung erkannt wird. Wir nehmen die Fragestellung ernst.



5 / 6

S. 175	20 2000 3132 00 000	FINANZDEPARTEMENT Finanzdepartement Departementssekretariat Honorare externe Beratungen, Gutachten, Fachexpertisen usw.				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
027.	Antrag Stadtrat				454 000	Minderheit
				120 000	574 000	Mehrheit
						Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
						Felix Moser (Grüne) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
						Begründung: Durchführung einer geschlechterspezifischen Rechnungsanalyse

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

4090. 2024/552

**Postulat der Grüne-, SP-, GLP- und AL-Fraktion vom 04.12.2024:
Geschlechterspezifische Rechnungsanalyse des Finanz- und Aufgabenplans und der Rechnung der Stadt Zürich**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2024/421, Beschluss-Nr. 4074/2024, Antrag Nr. 027.

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4042/2024).

Johann Widmer (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.



6 / 6

Das Postulat wird mit 75 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat